

Taiwan – regionales Problem mit internationaler Wirkung

Die Taiwanfrage ist in mehrfacher Hinsicht Gegenstand internationaler Sicherheitspolitik: als völkerrechtliches Problem (unbeendeter Bürgerkrieg), als Problem des regionalen Kräftegleichgewichts im westlichen Pazifik, als Weltordnungsfrage (demokratisches gegen autoritäres Regime) sowie nicht zuletzt als Problem internationaler Politik mit Bezug zu Identitäten, Interdependenzen und Konfliktlösungsstrategien. Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf den Aspekt des Kräftegleichgewichts, unternimmt aber auch Exkurse in die übrigen Themenfelder.

Das Taiwanproblem und seine Geschichte

Am 23. März 1996 fanden in Taiwan die ersten freien und direkten Präsidentschaftswahlen der chinesischen Geschichte statt. Sieger war Lee Teng-hui, Vorsitzender der nationalistischen Partei Kuomintang (KMT) und bis dahin Amtsinhaber.

Die Volksrepublik China hatte Lee im Vorfeld der Wahlen als Verräter an der Einheit Chinas verunglimpft und seine Wahl mit Militärmanövern und Raketentests in der Taiwanstraße und angrenzenden Seegebieten zu verhindern versucht. Begründet wurden die Vorwürfe mit Lees China- und Außenpolitik seit seiner Amtsübernahme 1988, aber unausgesprochen bezogen sie sich auch auf seine Herkunft: Lee Teng-hui zählt zu den etwa 80 Prozent „einheimischen“ Taiwanesen, die nicht erst im Jahre 1949, sondern bereits im 17. und 18. Jahrhundert aus der Festlandprovinz Fukien zugewandert waren.

1949 war Chiang Kai-shek mit 600 000 Soldaten und einem kompletten Beamtenapparat vor den anrückenden Kommunisten nach Taiwan geflohen und hatte dort bis zu seinem Tode 1975 unter Kriegsrechtsbedingungen regiert, das Ziel einer militärischen Wiedereroberung des Festlandes vor Augen. Dieses Ziel wurde jedoch von der Mehrheit der Inselbevölkerung, die zuletzt 1895 effektiv in die festländische Verwaltung eingegliedert gewesen war, nicht geteilt. Hinzu kam, dass Chiangs Exilregierung gegen sprachliche und andere Manifestationen taiwanesischer Eigenständigkeit mit Repressionen vorging.

Zwischen 1949 und 1962 versuchte die Volksrepublik China dreimal erfolglos, zwei ihrer Küste unmittelbar vorgelagerte kleinere Inseln der „Republik China“ zu erobern. Ab 1954 riskierte sie dabei auch einen Konflikt mit den USA, die Taiwan im Rahmen eines Bündnisvertrages in großem Umfang Waffen lieferten und selbst Soldaten auf der Hauptinsel stationierten.

Der sino-sowjetische Konflikt und die Abneigung der USA, sich wegen Taiwan ständig am Rande einer militärischen Auseinandersetzung mit der Volksrepublik zu bewegen, führten letztlich zu Kontakten zwischen Beijing und Washington und der epochalen Normalisierung ihres bilateralen Verhältnisses Anfang der siebziger Jahre. Im Dezember 1978 kündigte Präsident Jimmy Carter die diplomatischen Beziehungen und den Beistandspakt mit Taiwan und formalisierte entsprechende Beziehungen zur Volksrepublik. Als Ausgleich verabschiedete der amerikanische Kongress im Frühjahr 1979 den Taiwan Relations Act (TRA), demzufolge die USA jegliche Bedrohung der Sicherheit der Insel als Bedrohung der eigenen Interessen im westlichen Pazifik verstehen, Taipe im Falle einer solchen Bedrohung zur Hilfe kommen und Taiwan weiterhin mit „Defensivwaffen“ beliefern würden.

Angesichts viel versprechender Entwicklungen im sino-amerikanischen Verhältnis, wachsender Isolation Taiwans und Zusagen Washingtons an Beijing, Waffenlieferungen an

die Insel allmählich zu reduzieren, lag die taiwanpolitische Initiative zu Beginn der „Ära Deng Xiaoping“ (1978–94) wieder in China. Nachdem erste Gesprächsangebote im Anschluss an Nixons Chinabesuch 1972 nicht aufgegriffen worden waren, sah sich Taipe nun allein deshalb stärkerem Druck ausgesetzt, weil das Festland seine marxistischen Grundlagen schrittweise aufgab. Im Oktober 1979 veröffentlichte das führende KPCh-Mitglied Ye Jianying einen „Neunpunkteplan für die Wiedervereinigung“, der einen Schritt weiter ging als das wenig später für Hongkong avisierte Modell, indem er Taiwan volle politische und militärische Autonomie und die Beibehaltung seines Wirtschafts- und Sozialsystems garantierte. Dennoch hieß das Motto hier wie im Falle der britischen Kronkolonie „ein Land, zwei Systeme“. Die taiwanesisische Regierung wäre nach diesem Plan zu einer Provinzverwaltung herabgestuft worden.

Taipe legte Wert auf die Feststellung, dass die „Republik China“ nicht aus der Volksrepublik China, sondern unabhängig von ihr entstanden sei. Die resultierende Formel „ein Land, zwei Gebiete“ bedeutete ein Abrücken vom eigenen Alleinvertretungsanspruch in Analogie zur deutschen Ostpolitik. Offiziell blieb es bei der Ablehnung von Kontakten, Verhandlungen und Kompromissen, solange Beijing seine marxistisch-leninistische Grundlinie beibehielt, Taiwan gegenüber keinen Gewaltverzicht erklärte und weiter bemüht war, die „Republik China“ international zu isolieren.

Taiwans Pro-Kopf-Einkommen war zwischen 1951 und 1991 von 145 auf 8 788 US-Dollar angestiegen. Die Herausbildung substanzieller (vornehmlich „einheimischer“) Mittelschichten vor dem Hintergrund einschneidenden Wandels im internationalen Umfeld motivierte Chiang Kai-scheks Sohn und Nachfolger Chiang Ching-kuo 1987 zur qualifizierten Aufhebung des Kriegsrechts und zur Legalisierung von Besuchen der Volksrepublik auf dem Weg über Hongkong. Sein Nachfolger Lee Teng-hui ging auf diesem Weg weiter, lockerte die Pressezensur und gestattete indirekten Handel mit dem Festland über Hongkong und andere Kanäle. 1991 hob er die letzten Bestimmungen der Verordnung über den Ausnahmezustand auf.

Parallel vollzog sich eine allmähliche „Taiwanisierung“ der KMT, die sich zunehmend auf „einheimisches“ Industriekapital stützte und dadurch auch für Korruption anfälliger wurde. Die alte Garde festländischer Politiker mit vitalem Wiedervereinigungsinteresse spaltete sich 1993 von der Regierungspartei ab und gründete die so genannte New Party (NP). Gleichzeitig engagierte sich mit der Democratic Progressive Party (DPP) die wichtigste Oppositionspartei für eine Konstitutionalisierung der De-facto-Unabhängigkeit Taiwans. 1989 legalisiert, gewann sie bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1992 31 Prozent der Stimmen und verbesserte sich 1995 noch einmal geringfügig auf 33,17 Prozent (die NP erzielte zu keiner Zeit mehr als 15 Prozent).

Lee Teng-hui stand für die Aufrechterhaltung des Status quo, der Taiwan zwischen 1978 und 1995 die dramatischeren Alternativen Wiedervereinigung unter einer leninistischen Diktatur oder De-jure-Unabhängigkeit im Bewusstsein drohender chinesischer Gewaltreaktion erspart hatte. Seine Politik der Demokratisierung und seine Bemühungen um eine Internationalisierung der Taiwanfrage waren allerdings Indizien für den Versuch, die Manövrieremarge der Inselrepublik auf Kosten Beijings zu erweitern. China hat seither zweimal versucht, Wahlen in Taiwan durch Militärmanöver zu beeinflussen: zwischen Juli und November 1995 im Vorfeld der Parlamentswahlen und als Reaktion auf einen Privatbesuch Lees in den USA sowie vor den Präsidentschaftswahlen vom März 1996. 1996 reagierte Washington mit der Entsendung von zwei Flugzeugträgergruppen in die Nähe der Taiwanstraße.

Die Volksrepublik hatte ihre taiwanpolitische Initiative 1989 vorübergehend mit der Zerschlagung der eigenen Demokratiebewegung verloren. Vor diesem Hintergrund lancierte

Lee Teng-hui jene Doppelstrategie, die Bejing sechs Jahre später zu militärischen Drohgebärden provozieren sollte. 1990/91 kam es in Taiwan zur Einrichtung eines Nationalen Vereinigungsrats, eines Kabinettsausschusses für Festlandangelegenheiten (Mainland Affairs Council, MAC) und einer halbamtlichen Stiftung (Straits Exchange Foundation, SEF), die der Regierung in Bejing als Ansprechpartner in technischen Fragen dienen sollte. Anfang 1991 entwarf der Nationale Vereinigungsrat Richtlinien für die Vereinigung Chinas, die vom Kabinett verabschiedet wurden. Diese sahen drei Phasen vor, die sich ohne nähere zeitliche Vorgaben von inoffiziellen Kontakten über die Einrichtung von Kommunikationskanälen bis hin zu Verhandlungen mit dem Ziel der Vereinigung erstreckten, ein Ziel, das seither unter den Vorbehalt einer politischen Öffnung der Volksrepublik gestellt wurde. Gleichzeitig versuchte Lee mit seiner weltweiten Offensive „flexibler Diplomatie“ und mit weiterer Demokratisierung des politischen Lebens auf der Insel einen „Sicherheitsabstand“ zum Festland herzustellen, um so in Drittstaaten und der eigenen Gesellschaft stärkeres Interesse an Taiwans De-facto-Unabhängigkeit zu wecken. Diese Bemühungen wurden dadurch behindert, dass taiwanesischen Geschäftsleute ausgerechnet in der Phase der außenpolitischen Isolierung der Volksrepublik nach Tiananmen von der Möglichkeit des indirekten Handels spektakulären Gebrauch machten und so wiederum Bindungen schufen, die man in Bejing gezielt auszunutzen trachtete.

Im Dezember 1991 reagierte die Volksrepublik mit der Gründung eines Pendantes zur SEF, der Association for Relations across the Taiwan Strait (ARATS). Im April 1993 kam es zu einer ersten Begegnung im neutralen Singapur. Die anschließende Verhandlungsserie wurde Anfang 1995 angesichts des erhöhten Spannungszustandes abgebrochen.

Das Gleichgewicht der Kräfte und Beijings Absichten in der Taiwanstraße

Im Februar 1999 berichteten westliche Medien von der Dislozierung von 150 bis 200 Kurzstreckenraketen der Baureihen M-9 und M-11 in den Taiwan gegenüberliegenden Südostprovinzen der Volksrepublik China. Experten des Pentagon sagten für die folgenden Jahre eine Aufstockung dieses Arsenal auf 650 vorher.¹ Als die Volksrepublik 1995/96 erstmals M-9-Raketen in Gewässer um Taiwan abfeuerte, hatte die Gesamtzahl der in Südostchina dislozierten Raketen noch 30 bis 50 betragen.

Derzeit stellen Kurzstreckenraketen die unmittelbarste militärische Bedrohung für Taiwan dar. Chinas Raketenarsenal ist in den letzten Jahren schnell angewachsen, und die Inselrepublik verfügt noch über keine wirksame Möglichkeit, Raketenangriffe umfassend abzuwehren.²

Folgt man Taiwans Nationalem Verteidigungsbericht von 1998, so hatte die chinesische Bedrohung „wesentlich“ zugenommen, seit Bejing im Vorjahr mit Russland ein Abkommen über den Abbau der grenznahen Truppen beider Seiten unterzeichnet hatte. Die Autoren gingen davon aus, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) nunmehr in der Lage war, die Insel von der See und aus der Luft anzugreifen, partielle und umfassende Seeblockaden zu verhängen und dem Festland vorgelagerte kleinere Inseln der „Republik China“ zu erobern. Neben der Stationierung von Raketen erwähnte der Bericht auch die von modernen russischen Kampfflugzeugen in Südostchina und verbesserte Fähigkeiten der VBA-Marine.³

1 Vgl. The Financial Times, 10.2.1999, S. 1

2 Taiwan hat derzeit drei Batterien des amerikanischen Raketenabwehrsystems Patriot um Taipeh stationiert. Damit sind jedoch chinesische Kurzstreckenraketen nicht wirksam zu bekämpfen.

3 Vgl. Sean Boyne: Taiwan's Troubles. In: Jane's Intelligence Review, Jg. 10, 9/1998, S. 25–33, hier S. 27

Andere Experten bestreiten, dass Bejing heute zu einer militärischen Eroberung und Besetzung der Insel Taiwan in der Lage wäre, ohne verbrannte Erde zu hinterlassen. Die Raketentests und Manöver des März 1996 haben allerdings die Fähigkeit des Festlands unter Beweis gestellt, den zivilen Seeverkehr zu lähmen und die Bevölkerung einzuschüchtern. Dagegen gilt Taiwans rüstungstechnische Überlegenheit als mittelfristig gesichert.⁴ Unter anderem motiviert durch die chinesische Nachrüstung, entschieden sich die USA 1999, der Inselrepublik zusätzliche militärische Hardware und Frühwarntechnologien zur Verfügung zu stellen.

Im Mai 1999 bezog das Pentagon Taiwan in einer Studie zusammen mit Japan und Südkorea in den operativen Radius eines möglichen Systems der Raketenabwehr für den Kriegsschauplatz (Theatre Missile Defence, TMD) ein, eine Planung, die das Repräsentantenhaus bereits im Oktober 1999 in einer nicht bindenden Resolution gefordert hatte. Die Clinton-Regierung legte sich aus Rücksicht auf Bejing nicht fest und versuchte erfolglos, China ein Tauschgeschäft – Verzicht auf TMD für Taiwan gegen Abbau der Taiwan gegenüber stationierten Raketen – anzubieten, aber letztlich könnte die Einbeziehung der Inselrepublik in ein künftiges TMD-System, verglichen mit anderen Szenarien, als geringeres Übel erscheinen. Taiwans 1988 unter amerikanischem Druck beendetes Atomwaffenprogramm wird in der einheimischen und internationalen Presse regelmäßig als Warnung an die Adresse der USA beschworen. Sollte Washington seine Sicherheitsgarantie aufkündigen, glauben taiwanische Experten, binnen eines Jahres eine Wiederaufbereitungslage zur Produktion von waffenfähigem Plutonium bauen zu können.⁵ Raketentechnologie ist seit dem Ende des Ost-West-Konflikts auf den Weltmärkten problemlos erhältlich. China befürchtet, dass Taipe ein künftiges TMD-Lenkensystem zur Entwicklung von Boden-Boden-Raketen nützen könnte. Die militärische Führung der Inselrepublik erwägt ihrerseits, zivile Ziele auf dem Festland mit einer begrenzten Anzahl Mittelstreckenraketen zu bedrohen.⁶

Bejing hat in den letzten Jahren damit begonnen, sich sowohl auf begrenzte Kriege entlang der eigenen Peripherie als auch auf elektronische und Informationskriegführung vorzubereiten. Raschen Fortschritten auf letztgenanntem Gebiet dürfte aber insbesondere die hochgradige Zentralisierung festländischer Politik im Wege stehen.

Selbst wenn die Volksrepublik militärisch in der Lage wäre, die „abtrünnige Provinz“ unter Einsatz von Gewalt heimzuführen, bliebe die Frage, unter welchen Bedingungen die chinesische Führung bereit wäre, sich solcher Gewalt zu bedienen. Ein entscheidendes Kriterium ist dabei die erwartete Reaktion der USA, die Bejing 1995/96 anscheinend testen wollte. 1999 provozierte die Intervention der NATO im Kosovo in der militärischen Führung der Volksrepublik eine neue Strategiedebatte, die dem Vernehmen nach zu folgenden Empfehlungen gelangt ist: 1. mittelfristige Umorientierung von der grenznahen Verteidigung auf Machtprojektion, 2. kurzfristige Vorbereitung auf eine „asymmetrische Kriegführung“, in deren Rahmen die USA durch Fortschritt in „kritischen Technologie-Nischen“ von einer Intervention abgeschreckt werden sollen.⁷ In denselben Zusammenhang gehören politische Signale wie die im Oktober 1999 erstmals durchgeführten chinesisch-russischen Marinemanöver.

4 Taiwans Kampfflugzeuge der Baureihen F-16 und Mirage-2000 sind den meisten chinesischen Waffensystemen überlegen. Entsprechendes gilt für Fregatten, Antischiffsraketen, Angriffshubschrauber, U-Boot-Abwehrwaffen und fortschrittliche Flugsysteme. Vgl. Boyne: a.a.O., S. 28

5 Vgl. Gerald Segal: Taiwan's Nuclear Card. In: The Asian Wall Street Journal, 4.8.1998 (online)

6 Vgl. Melinda Liu: Defending Taiwan. In: Newsweek (internationale Ausgabe), 17.5.1999 (online)

7 Vgl. Far Eastern Economic Review, 14.10.1999, S. 26f

„Asymmetrische Kriegführung“ setzt eine zügige Aufrüstung in bestimmten Hochtechnologiebereichen voraus, wobei das Ziel – Unterstützung der Diplomatie oder Vorbereitung eines Präventivschlags – grundsätzlich offen bleibt. Seit 1994 ist es zwischen Regierung und VBA wiederholt zu Kontroversen über die Frage gekommen, wie man mit Unabhängigkeitstendenzen auf Taiwan umgehen sollte. Die militärische Führung setzte sich 1995/96 durch, wenn auch nur mit einer Demonstration der Stärke. Die seinerzeit im Umfeld der Taiwanstraße abgeschossenen Raketen trugen keine Gefechtsköpfe und schlugen nicht auf Taiwan ein.

Chinas Staats- und Parteichef Jiang Zemin, dessen Amtszeit 2002 beziehungsweise 2003 endet,⁸ dürfte daran gelegen sein, wenigstens mit einem symbolischen Schritt hin zur Vereinigung in die Geschichte einzugehen. In Taiwan besteht allerdings wenig Neigung, ihm einen solchen Erfolg zu ermöglichen. Im Juli 1999 ging Lee Teng-hui mit einer neuen Zweistaatenformel an die Öffentlichkeit, und im März 2000 wurde er durch den DPP-Kandidaten Chen Shui-bian abgelöst. (Die KMT blieb allerdings größte Parlamentsfraktion und signalisierte Ende 2000 mit Entsendung einer hochrangigen Delegation in die Volksrepublik ihre – innenpolitisch motivierte – Bereitschaft, Lees Zweistaatenformel wieder fallen zu lassen.⁹ 2002 wird in Taiwan ein neues Parlament gewählt, und die bisher in den Umfragen abgeschlagene KMT spekuliert offenkundig darauf, im konservativen Lager durch Wiedereröffnung des Dialogs und einen damit verbundenen Schub für die wirtschaftlichen Beziehungen Punkte zu machen. Ob dieses Kalkül angesichts des innenpolitischen Klimas auf der Insel aufgeht, darf bezweifelt werden.)

Beijing wird weitere zehn Jahre benötigen, um die VBA in einem Umfang zu modernisieren, der ein militärisches Vorgehen gegen Taiwan bei einem politisch wie militärisch akzeptablen Verhältnis von Kosten und Nutzen rechtfertigen könnte. Gleichzeitig bleibt ungewiss, ob Taiwan angesichts weiter bestehender Restriktionen auf den globalen Rüstungsmärkten (insbesondere bei U-Booten) Schritt halten wird. Auch wenn diese Frage bejaht werden sollte, bliebe das eskalatorische Potenzial eines Kriegs in der Taiwanstraße erheblich. China könnte allerdings schon vor Erreichen des erforderlichen Modernisierungsstandes einen Krieg riskieren, wenn der kombinierte Druck aus hausgemachten Problemen, regionaler Konjunkturschwäche, einem neuen Tief in den Beziehungen zu den USA inklusive beschleunigter TMD-Entwicklung und anhaltender Konsolidierung einer eigenständigen taiwanesischen Identität die einem nicht reformierten festländischen Regime zur Verfügung stehenden Optionen dramatisch reduzieren würde. Chen Shui-bian ließ die alte Forderung seiner Partei nach einer Unabhängigkeitserklärung im Wahlkampf fallen und bot Beijing gleich nach der Wahl ein Gipfeltreffen an, auf dem über alle offenen Fragen gesprochen werden sollte, allerdings unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung und der (1992 vereinbarten) Möglichkeit, das „Ein-China-Prinzip“ auch in künftigen Verhandlungen unterschiedlich zu definieren. China ist auf diese Bedingungen bis heute nicht unzweideutig eingegangen und hat folglich auch darauf verzichtet, Chens Angebot einer Herstellung direkter Handels-, Post- und Verkehrsverbindungen anzunehmen.¹⁰ Die Volksrepublik spekuliert offenkundig darauf, Chen durch die Verweigerung von Gesprächen und mit Hilfe konservativer Kräfte in Taiwan aus dem Amt zu drängen. Je länger dieses Kalkül nicht aufgeht, desto größer wird die Versuchung, auch den militärischen Druck zu erhöhen.

8 Jiang bleibt voraussichtlich Vorsitzender der mächtigen Zentralen Militärkommission.

9 Der KMT-Vorsitzende Lien Chan hat ersatzweise Verhandlungen über einen Staatenbund ins Gespräch gebracht. Vgl. Taiwan aktuell, 15.1.2001

10 Taiwan genehmigte im Januar 2001 ersatzweise die Herstellung entsprechender Verbindungen zwischen dem Festland und Kinmen/Matsu.

Die internationale Relevanz der Taiwanfrage

Als die Clinton-Regierung nach dem März 1996 versuchte, die sino-amerikanischen Beziehungen aus der Gefahrenzone zu bringen, war das State Department in seinen Chinakontakten bemüht, den TRA herunterzuspielen und stattdessen die drei bilateralen Kommuniqués der Jahre 1972, 1978 und 1982 zu bekräftigen, von denen eines (das von 1982) die USA verpflichtet, ihre Rüstungsverkäufe nach Taiwan schrittweise abzubauen. Washington lehnte es allerdings ab, sich diesbezüglich in einem vierten Kommuniqué festzulegen, und aus Festlandsicht musste Clintons mündliche Zusage vom Juli 1998, eine taiwanesishe Unabhängigkeitserklärung nicht zu unterstützen (eine Zusage, die Richard Nixon bereits 1972 gemacht hatte), als schwacher Ersatz erscheinen.

Trotz der Bemühungen des State Department ist für amerikanische Rüstungsexporte nach Taiwan seit 1995/96 eher die Einschätzung der Bedrohungslage als der TRA-Maßstab „Defensivwaffe“ entscheidend. 1999 genehmigte Washington den Verkauf eines Radarsystems zur Früherkennung von Raketenstarts, zusätzlicher Patriot-Raketen und von Ersatzteilen für den Kampfbomber F-16. Gespräche über die Lieferung von U-Boot-Aufklärungsflugzeugen sowie von Zerstörern mit Aegis-Radarsystemen wurden aufgenommen. Aegis dient dem Aufspüren feindlicher Flugzeuge und Schiffe und kann in Verbindung mit Raketenabwehrsystemen genutzt werden. Beijing stellte für den Fall einer positiven Entscheidung eine stärkere als die 1995 erfolgte Reaktion in Aussicht.¹¹

Ende Oktober 1999 verabschiedete der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses den Entwurf eines so genannten Taiwan Security Enhancement Act, mit dem das Pentagon verpflichtet werden sollte, bei Verteidigungsplanung, Bedrohungsanalyse und Ausbildung mit Taipe zusammenzuarbeiten und Kommunikationskanäle für den Krisenfall zu installieren. Der Senat setzte die Beratung der Vorlage im April 2000 angesichts der Wahl Chen Shui-bians zum taiwanesischen Präsidenten und eines drohenden Vetos durch Präsident Clinton aus. Gleichzeitig vertagten die USA eine Entscheidung über die Lieferung von Aegis-Systemen an Taipe.¹² Es ist unwahrscheinlich, dass die Bush-Regierung auf den Gesetzentwurf zurückkommt, aber sie dürfte ungeachtet dessen die Rüstungszusammenarbeit mit Taiwan weiter intensivieren.¹³

Derlei Taktieren ist charakteristisch für den Drahtseilakt, den die USA seit Ende des Kalten Krieges zwischen Beijing und Taipe aufführen. Taiwan verfügt über eine starke Lobby in Washington, und kein amerikanischer Präsident könnte es sich leisten, den demokratischen Musterschüler einem autoritären Aggressor zu opfern. Dem widersprechen traditionelle außenpolitische Interessen im Verhältnis zur potentiellen Großmacht China. Gleichzeitig konsolidieren sich auf beiden Seiten der Taiwanstraße konkurrierende Nationalismen, von denen die festländische Variante die politische Führung im Falle wirtschaftlicher Einbrüche und eskalierender sozialer Konflikte unter erheblichen Druck setzen dürfte. Washingtons bisher erfolglose Bemühungen, den Status quo durch Aufforderung zum Gespräch und zum Abschluss von Interimsabkommen zu retten, erscheinen deshalb zunehmend unrealistisch. Wenn China, wie erwartet, keine schnellen Fortschritte bei seiner politischen Öffnung macht, wird Taiwan in den USA auch langfristig einen verlässlichen Rückhalt haben. Präsident Chen hat wiederholt versucht, Washington in eine aktive Vermittlungsrolle zu drängen.

11 Vgl. Far Eastern Economic Review, 14.2.2000, S. 22–26

12 Taiwan soll ersatzweise moderne Luft-Luft- und Antischiffsraketen und Langstreckenradar erhalten. Vgl. The Washington Post, 18.4.2000, zitiert nach: Napsnet Daily Report, 19.4.2000

13 Am 17. Januar 2001 erklärte der designierte amerikanische Außenminister Colin Powell vor dem Senatsausschuss für auswärtige Beziehungen, China und Taiwan gehörten „zusammen“, sagte Taiwan aber weitere Militärhilfe zu und warnte Beijing davor, Taiwan gewaltsam an sich binden zu wollen. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 19.1.2001, S. 8

Im Februar 2000 erweiterte Bejing den Katalog der Szenarien, angesichts derer die Volksrepublik Taiwan gegenüber Gewalt anwenden würde, um die „anhaltende Weigerung der taiwanesischen Behörden, die ... Wiedervereinigung durch Verhandlungen herbeizuführen“¹⁴. Die Clinton-Regierung wies dieses Vorgehen zurück und bekräftigte ihre Entschlossenheit, Taiwan notfalls militärisch beizustehen;¹⁵ Präsident George Bush junior hatte sich bereits im Wahlkampf entsprechend geäußert.¹⁶ Das im Oktober veröffentlichte Verteidigungsweißbuch der Volksrepublik enthielt eine wieder abgeschwächte Drohung mit Gewalt für den Fall, dass es „zu einer gravierenden Veränderung der Lage kommt und Taiwan, unter welcher Bezeichnung auch immer, auf eine Loslösung von China hinsteuert.“¹⁷

Eine Verschlechterung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen Taiwan betreffend wird insbesondere von den ostasiatischen Mittelmächten gefürchtet. Einige von ihnen (Japan, Südkorea, die Philippinen) könnten als Alliierte der USA in diesbezügliche Konflikte involviert werden. Andere wären von einer Beschädigung jenes regionalen Status quo betroffen, dessen Bewahrung seit Ende des Ost-West-Konflikts Grundlage ihrer Sicherheit, ihrer Prosperität und ihrer Diplomatie gewesen ist.

Tokyo muss seit der Revision der amerikanisch-japanischen Richtlinien für den Verteidigungsfall vom September 1997 und der ein Jahr später erfolgten Entscheidung, TMD gemeinsam mit den USA zu entwickeln, befürchten, in amerikanisch-chinesische Konflikte um Taiwan involviert zu werden. Japan ist folglich bemüht, den Taiwanbezug dieser Entscheidungen herunterzuspielen, lehnt es aber ebenso ab, den Status quo in der Taiwanstraße durch Konzessionen an die Adresse der Volksrepublik zu gefährden. Als Jiang Zemin seine Gesprächspartner während eines Staatsbesuchs in Tokyo im Oktober 1998 aufforderte, sich Clintons „drei Nein“ (hinsichtlich der Existenz „mehrerer Chinas“, der Unabhängigkeit Taiwans und der Vertretung Taiwans in internationalen Organisationen) zu Eigen zu machen, lehnte die japanische Seite dieses Ansinnen rundweg ab. Daran wird sich nichts ändern, solange keine Bewegung in das Dreieck Bejing–Washington–Tokyo kommt, und das ist angesichts der anhaltenden Schwerfälligkeit politischer Prozesse in Japan mittelfristig eher unwahrscheinlich.

Südkorea hat seine Beziehungen zu China seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan 1992 zügig ausgebaut und hält diese insbesondere für die langfristige Lösung der Koreafrage vital. Ein Ergebnis dieser Neuorientierung war die Ablehnung der amerikanischen TMD-Pläne für Nordostasien. Seoul würde vermutlich versuchen, sich aus einer Taiwankrise herauszuhalten, wäre aber sowohl durch die amerikanische Truppenpräsenz im Lande als auch durch mögliche nordkoreanische Bemühungen, von einer solchen Krise militärisch oder diplomatisch zu profitieren, betroffen.

Die *südostasiatischen Staaten* pflegen intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Taiwan und haben diese gelegentlich durch Kontakte zur taiwanesischen Politik gefördert, lehnen aber eine bilaterale oder multilaterale Formalisierung dieses Verhältnisses aus Rücksicht auf Bejing ab. Allein die Philippinen haben aufgrund besonderer ökonomisch-geographischer Interdependenz gelegentlich Vorstöße in diese Richtung unternommen.

14 So die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, 21.2.2000, zitiert nach: <<http://www.china-botschaft.de/taiwan-white.htm>>

15 Vgl. International Herald Tribune, 23.2.2000 (online)

16 Vgl. The Wall Street Journal, 17.8.1999, S. 2

17 Xinhua, 17.10.2000, zitiert nach: China aktuell, Jg. 29, 10/2000. Zeitgleich mit Veröffentlichung des Weißbuchs veranstaltete die VBA in kurzer Folge drei Großmanöver.

Die meisten Mitgliedstaaten der *Europäischen Union* haben ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Taiwan seit einigen Jahren intensiviert, und immer wieder werden Versuche unternommen, die Insel als potenziell großen rüstungswirtschaftlichen Absatzmarkt zu erschließen. In vielen europäischen Parlamenten sowie im EU-Parlament gibt es signifikante taiwanpolitische Lobbies. Das EU-Parlament forderte den Rat und die Mitgliedstaaten im Anschluss an die Taiwankrise vom März 1996 ergebnislos auf, die Bemühungen der Inselrepublik um Aufnahme in internationale Organisationen zu unterstützen und die Qualität der Beziehungen zur Volksrepublik unter anderem von einem Gewaltverzicht gegenüber Taiwan abhängig zu machen. Die Regierungen der EU-Staaten sind aus Rücksicht auf Beijing bemüht, umfangreiche Rüstungsverkäufe nach Taiwan zu verhindern, haben aber weniger spektakuläre Exporte und Dreiecksgeschäfte wiederholt geduldet. Daraus ist allerdings nicht auf ein ausgeprägtes sicherheitspolitisches Interesse an der Situation in der Taiwanstraße zu schließen. Im Ernstfall dürfte sich allenfalls Großbritannien veranlasst sehen, eine militärische Intervention an der Seite der USA zu prüfen.

Im Juli 1998 veröffentlichte die Volksrepublik China ihr erstes Verteidigungsweißbuch. Darin wird das amerikanische Netzwerk pazifischer Allianzen als „Überbleibsel des Kalten Krieges“ bezeichnet, das die Region zu destabilisieren drohe.¹⁸ Nicht ganz zu Unrecht versteht Beijing dieses Bündnissystem als Rückversicherung gegen die eigenen irredentistischen Ambitionen, in deren Zentrum die Vereinigung mit Taiwan steht. Deshalb überschattet die Taiwanfrage heute fast alle anderen Aspekte des sino-amerikanischen Verhältnisses, und deshalb kann man auch nicht ausschließen, dass China jenen wirtschaftlich-technologischen Nutzen, den gute Beziehungen zu Washington und den Nachbarstaaten mit sich bringen, eines Tages dem Interesse an einer Lösung der Taiwanfrage unterordnen könnte. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, wie viel Zeit die Beijinger Führung noch für ihr ursprünglich langfristiges Projekt aufwenden will, die militärische Präsenz der USA im Pazifik zum Zweck der „Heimführung“ Taiwans herauszufordern.

Dr. Kay Möller
Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Stiftung
Wissenschaft und Politik Berlin

18 Vgl. The National Defence of China Hg. vom Informationsbüro des Staatsrats (Beijing), 27.7.1998 (online)